



Fragen an die Parteien und Wählergemeinschaften im Landkreis Celle und der Samtgemeinde Lachendorf

Als Bürgerinitiative für Tier – und Umweltschutz in Lachendorf möchten wir die Wählerinnen und Wähler unserer Samtgemeinde zur Kommunalwahl über Tendenzen der Parteien informieren. Es geht um Entscheidungshilfen zu wichtigen Fragen, die die Zukunft unserer Region maßgebend bestimmen werden.

Um Antworten auf die nachfolgenden Fragen bitten wir bis zum 30. August 2011. Wir weisen darauf hin, dass wir unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit über ihre Antworten informieren.

1. Industrielle Landwirtschaft

a. Mastställe

Um den Bedarf des Wietzer Geflügelschlachthofs von ca. 27.000 Masthähnchen pro Stunde (ca. 130 Millionen im Jahr) zu decken, sind ca. 420 Mastställe mit je 40.000 Tierplätzen erforderlich. Die ersten Mastställe befinden sich bereits jetzt im Genehmigungsverfahren, weitere werden folgen. Die Landwirte erhalten eine neue Einnahmequelle. Sie gehen allerdings auch hohe Risiken ein, sowohl gesundheitlich (Farmerlunge, MRSA-Infektionen) als auch finanziell, denn nur ein Drittel der Hähnchen-Mäster schreibt schwarze Zahlen. Der Rest der Bevölkerung befürchtet Gesundheitsbeeinträchtigungen, Verlust der Immobilienwerte und Geruchsbelästigung.

Ist Ihre Partei/Wählergemeinschaft der Meinung, dass so viele Ställe gebaut werden sollten?

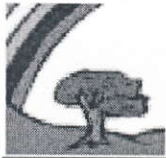
- a: Ja
- b: Nein
- c: Ja, wenn/weil

b. Privilegierungen der Landwirtschaft

Mastställe gelten nach dem Baugesetzbuch als privilegierte Bauten, wenn der antragstellende Landwirt über eine Anbaufläche verfügt, um theoretisch die Hälfte des Futters für die Tiere produzieren zu können. Diese Privilegierung lässt den Gemeinden kaum Möglichkeiten, solche Stallbauten zu verhindern.

Ist die Privilegierung noch zeitgemäß oder sollte den Gemeinden das Recht zur Ablehnung eingeräumt werden, wie es bei anderen Bauvorhaben auch der Fall ist?

- a: Privilegierung sollte aufgehoben werden
- b: Privilegierung sollte unverändert beibehalten werden
- c: Privilegierung sollte geändert werden, um/weil *eine differenzierte Schwerpunktsetzung zugunsten eines bäuerlichen, artgerechten Tierhaltung, Einhaltung des Nährstoffkreislaufs und demo Wasser gestaltbaren Ländl. Raums zu ermöglichen*



c. Vorrangflächen

Der hohe Bedarf an Schlachthähnchen der Firma Rothkötter und anderer Geflügelschlachtbetriebe macht es wahrscheinlich, dass gewerbliche Großmäster versuchen, sich auch in unserer Region anzusiedeln. Riesige Agrarfabriken mit hunderttausenden Hähnchen könnten die Folge sein.

Gemeinde- oder Samtgemeinderäte könnten durch die Änderung der Flächennutzungspläne Vorrangflächen für Tierhaltungsanlagen ausweisen um zumindest auf den Standort von Stallanlagen Einfluss zu nehmen, welche hinsichtlich der Größe die landwirtschaftliche Privilegierung überschreiten. Solche gewerblichen Agrarfabriken bedeuten erhebliche Nachteile und Risiken für die Region und die Bevölkerung und eine starke Konkurrenz für die Landwirte.

Befürwortet Ihre Partei/Wählergemeinschaft die Ausweisung von Vorrangflächen als Instrument zur Steuerung der Standorte?

- a: Ja
 Nein

d. Tierschutz

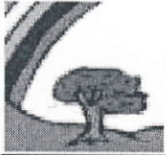
Die moderne Landwirtschaft ist auf Effizienz ausgelegt wie alle anderen Wirtschaftsunternehmen. Tiere werden den Haltungsformen angepasst, in dem man z.B. Hörner ausbrennt, kastriert, Schwänze kupiert, Schnäbel kürzt, Verkrüppelungen und Schmerzen billigt usw. In der Hähnchenmast müssen die Mäster im Durchschnitt Todesraten von etwa 4 % einkalkulieren. Das sind bei 40.000 Tieren 1.600 pro Mastdurchgang, was umgerechnet für den Schlachthofbedarf 5,36 Millionen Tieren pro Jahr entspricht, die aufgrund der extremen Haltungsform vor Mastende verenden.

Ist Ihre Partei/Wählergemeinschaft der Meinung, dass die Bedingungen in der Nutztierhaltung auf der Grundlage der zurzeit gültigen Tierschutz-/Nutztierhaltungsverordnung TierSchNutztV akzeptabel sind?

- a: Ja
 Nein

c: Wenn Nein, welche drei wesentlichen Verbesserungen schlägt Ihre Partei vor?

1. mehr Platz pro Tier (1m² ^{für festligel} mind. und Freilauf
2. keine Qualmäst
3. Um-Begrenzung bei Transporten und streng kontrollierte Standards



e. Antibiotika

Antibiotika Einsatz in der Tiermast, insbesondere der Schweine- und Geflügelmast, führt zu immer neuen resistenten Keimen und machen Antibiotika sowohl im veterinären als auch im humanen Bereich unwirksam. Als Folge davon werden bei Infektionen immer weniger wirksame Medikamente zur Verfügung stehen; bereits jetzt gibt es immer mehr Fälle mit tödlichem Ausgang. Resistente Keime und Antibiotika-Rückstände gelangen ungehindert aus den Ställen, werden über die Entlüftung, den Mist und Tiertransporte verbreitet. Langzeitschäden sind zu erwarten.

Will Ihre Partei/Wählergemeinschaft Menschen und Umwelt vor diesen Gefahren schützen?

a: Ja

b: Nein

c: Wenn Ja,

welche drei wesentlichen Verbesserungen schlägt Ihre Partei/Wählergemeinschaft vor?

1. *Keine Intensivtierhaltung - geringere Ausbreitungsvorgabe und Krankheitsverbreitung*
2. *Vorgeschriebene Fädel- und Transportkriterien*
3. *Keine prophylakt. Antibiotikagaben und wenn dann Desinfektionspflicht*

f. Globale und ethische Zusammenhänge

In der industriellen Landwirtschaft spielen internationale Zusammenhänge eine immer größere Rolle.

Futter wird nicht mehr auf den eigenen Feldern angebaut, sondern von außerhalb bezogen. Eiweißfutter (Soja) wird bereits zu 78 % aus Südamerika und USA importiert. Dafür werden Urwaldflächen gerodet, Ökosysteme zerstört, Kleinbauern und Urwaldbevölkerung werden von ihrem Land vertrieben.

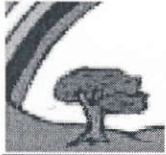
In Deutschland und Europa wird hauptsächlich das Brustfleisch der Hähnchen gegessen. Beine und Rücken werden in großem Maße etwa nach Westafrika exportiert und dort zu Dumpingpreisen verkauft. Dies ruiniert die dortigen Bauern und die dortige Wirtschaft. Um 1 kg Fleisch zu erzeugen, werden durchschnittlich 7 - 16 kg Getreide benötigt (Quelle: Bericht der Compassion in World Farming).

Biogasanlagen und Biosprit verbrauchen zusätzlich große Mengen an pflanzlichen Lebensmitteln. Weltweit leiden fast eine Milliarde Menschen an Unterernährung, bis zu 100.000 Menschen sterben täglich an den Folgen von Hunger.

Sollten diese globalen Zusammenhänge bei der Genehmigung von Mastställen berücksichtigt werden?

a: Ja

b: Nein



g. Gesellschaftliche Aspekte

Unabhängig von den Folgen industrieller Landwirtschaftsproduktion ist auch der ökonomische Vorteil recht ungleich verteilt. Während die Lebensmittelindustrie und der Handel gut verdienen, schneiden Mitarbeiter und die Bauern schlecht ab.

"Die OECD-Staaten und damit auch Deutschland geben jährlich nahezu 350 Milliarden Dollar an Produktions- und Exportsubventionen für ihre Bauern aus. So findet sich heute auf jedem afrikanischen Markt deutsches, französisches oder italienisches Gemüse zu einem Drittel des Preises gleichwertiger afrikanischer Produkte. Und ein paar Kilometer weiter steht der afrikanische Bauer 15 Stunden am Tag unter brennender Sonne, rackert sich ab und hat nicht die geringste Chance auf ein Minimaleinkommen. Das EU-Agrar-Dumping zerstört die afrikanische Landwirtschaft und treibt die Hungerzahlen in die Höhe." (Jean Ziegler, Schweizer Soziologe und ehem. UN-Sonderberichterstatter)

Ist Ihre Partei/Wählergemeinschaft der Meinung, dass es sich rechnet, wenn die öffentliche Hand die Subventionen zahlt, die Arbeiter schlecht bezahlt werden, unsere Umwelt belastet wird, Selbstversorgung und Märkte in Afrika zerstört werden und Inhaber von Lebensmittelverarbeitenden Betrieben wie beispielsweise der Rothkötter-Konzern und andere aber gut verdienen?

- a: Ja
 b: Nein

2. Biogasanlagen

Subventionen führen zu einer stark steigenden Anzahl von Biogasanlagen. Der hierfür benötigte Mais verbraucht immer mehr Anbauflächen in unserer Region und verdrängt über hochgetriebene Pachtpreise die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Viehfutter.

Der überproportionale Anteil der Maisanbauflächen führt schon heute in unserer Region zu einer Verschiebung des ökologischen Gleichgewichts, zu einem Rückgang der Artenvielfalt und die Südheide verliert an Attraktivität.

Nach dem Baugesetzbuch sind Anlagen bis zu 0,5 MW Leistung "privilegiert". Auch hier lässt die Privilegierung den Gemeinden kaum Möglichkeiten, solche Anlagen zu verhindern.

Größere Anlagen bedürfen einer Bauleitplanung und damit der Genehmigung der Gemeinde.

a. Ist Ihre Partei der Meinung, dass die Privilegierung von Anlagen bis 0,5 MW elektr. Leistung aufgehoben werden sollte, damit die Kommunen größere Einflussmöglichkeiten erhalten?

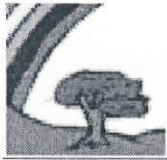
- a: Ja
b: Nein

b. Wird Ihre Partei/Wählergemeinschaft Bebauungsplänen für die Errichtung nicht privilegierter Anlagen (mehr als 0,5 MW) zustimmen?

- a: Ja
b: Nein

c. Ja, unter der Bedingung:

dass organische pflanzliche Reststoffe aus der Landschaftspflege oder Kartoffelverarbeitung eingesetzt werden



3. Windkraft

Die Flächen für Windkraftanlagen und damit die Zahl der Windkraftträder in der Samtgemeinde Lachendorf ist seit der Verabschiedung eines Flächennutzungsplans (F-Plan) vor einigen Jahren beschränkt. Neue Flächen können erst bereitgestellt werden, wenn der bestehende F-Plan geändert worden ist.

Ist Ihre Partei/Wählergemeinschaft für Ausweisung zusätzlicher Flächen für Windkraftanlagen:

- a: Ja
- b: Nein
- Ja, wenn

diese Anlagen in festgelegten unter Einbeziehung der Bevölkerung installiert werden.

4. CO₂-Verpressung

(unterirdische Speicherung von Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen)

Obwohl Niedersachsen sich vorerst nicht an Plänen für CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) beteiligen will, könnte erneut über dieses Thema abgestimmt werden, zumal Niedersachsen hierfür gute geologische Voraussetzungen bietet.

Probleme, die im Zusammenhang mit CCS diskutiert werden sind der hohe Energieverbrauch, Gefahr von Erdbeben, Versalzung des Grundwassers und die begrenzte Lagerkapazität von maximal 30 Jahren sowie der Ausschluss einer alternativen Nutzung der Lager. Weiterhin kann das Verfahren des CCS erst in ca. 10 Jahren zur Anwendung kommen. Auch die Gewährleistung des dauerhaften Verbleibes von CO₂ in den Lagern ist umstritten.

Wie wird Ihre Partei/Wählergemeinschaft sich im Falle einer Abstimmung entscheiden?

- a: für CO₂-Verpressung
- dagegen

Anmerkungen der Partei/Wählergemeinschaft zum Fragenkomplex:

Die CCS-Verpressung verleiht die geringere Effizienz, birgt Risiken und verzögert den Umstieg von fossilen zu regenerativen Energieträgern. Die wichtigste Energiequelle - die auspar möglich - werden zu egalisch vermarktet. Das ist das oberste Ziel des freien neben der Ab-schaltung aller Atomkraftanlagen.